

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin: Donnerstag, 12.12.2019
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:13 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Brauerstr. 5, 66663 Merzig

Anwesend

Vorsitz

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

CDU-Fraktion

Alexander Boos	CDU
Johannes Ehm	CDU
Dr. Detlef Nikolaus Hans	CDU
Simon Tinnes	CDU
Ulrike Biermann	CDU
Doris Darimont-Doll	CDU
Manfred Klein	CDU
Axel Ripplinger	CDU
Angelika Conrad	CDU
Stefan Dorbach	CDU
Therese Schmitt	CDU
Hans-Joachim Horf	CDU
Jürgen Auweiler	CDU
Dr. Manfred Kost	CDU

SPD-Fraktion

Martin Dyck	SPD
Tina Fischer	SPD
Wolfgang Klose	SPD
Caroline Ney	SPD
Sebastian Palz	SPD
Silvia Prinz	SPD

Manfred Klein	SPD
Nikolaus Lorenz	SPD
Martina Holzner	SPD
Giuseppe D`Auria	SPD
Arndt Oehm	SPD

Fraktion B'90/Die Grünen

Elina Santo	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Heinz Temmes	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Johannes Weiten	Bündnis '90/DIE GRÜNEN

DIE LINKE-Fraktion

Hannah Spanier

AfD-Fraktion

Jörg Ulrich Gruhn	AfD
-------------------	-----

fraktionslos

Karsten Thomaser	FDP
------------------	-----

Ortsvorsteher

Helmut Hoff	CDU
Matthias Hurth	CDU
Torsten Rehlinger	SPD

Verwaltung

Thomas Klein
Lisa Klein
Dieter Ernst, Erster Beigeordneter
Nicole Leinen
Lydia Müller
Ute Süßmilch
Werner Gasper
Arno Jung
Christian Bies
Thomas Neusius

FWM-Fraktion

Hermann Schuh	FREIE WÄHLER Merzig
Bernhard Morbe	FREIE WÄHLER Merzig

Abwesend

CDU-Fraktion

Matthias Görgen

CDU

entschuldigt

Thomas Klein

CDU

entschuldigt

Maria Bänsch

CDU

entschuldigt

Fraktion B'90/Die Grünen

Klaus Borger

Bündnis '90/DIE GRÜNEN entschuldigt

DIE LINKE-Fraktion

Frank Hackenberger

DIE LINKE

entschuldigt

AfD-Fraktion

Dieter Leistenschneider

AfD

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

	Eröffnung der Sitzung	
1	Einwohnerfragestunde	
2	Saarlandpakt: Information und Teilnahmebeschluss	2019/274
3	Hebesatzsatzung 2020	2019/281
4	"Lokal - regional - bio - Merzig handelt fair" Re-Zertifizierung am 24.04.2020	2019/230
5	Änderungen Schülerbeförderung 2020 - Abschluss eines neuen Beförderungsvertrags	2019/236-001
6	Bestellung eines Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahres- abschlusses 2019 des Betriebes für innerörtliche Abwasserent- sorgung	2019/264
7	Änderung der Satzung der Kreisstadt Merzig über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abwasseran- lage und die Abwälzung der Abwasserabgabe (Abwasserge- bührensatzung)	2019/266
8	Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2020 des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung	2019/269
9	Bestellung eines Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahres- abschlusses 2019	2019/282
10	Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsge- bühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)	2019/283
11	Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für das Wert- stoffzentrum	2019/284
12	Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2020	2019/285

- | | | |
|----|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| 13 | Aufstellung einer Ergänzungssatzung „Zum Saargau“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Büdingen | 2019/253 |
| 14 | 2. Teiländerung des Bebauungsplans "Kreimertsberg/Saum" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Besseringen, Satzungsbeschluss | 2019/255 |
| 15 | Integriertes Dorfentwicklungskonzept (IDEK) für den Stadtteil Besseringen der Kreisstadt Merzig, hier: Beschluss über den Abschlussbericht und den Maßnahmenkatalog | 2019/257 |
| 16 | Umgang mit Zigarettenresten im öffentlichen Raum; Antrag "Bündnis 90/Die Grünen" vom 27.09.2019 | 2019/245-001 |
| 17 | Mitteilungen, Anfragen und Anregungen | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Aus den Reihen der Zuhörer erkundigt sich Maximilian Doll, Mitglied des Ortsrates Hilbringen, nach dem Sachstand bezüglich der Fertiggaragen beim Sportplatz Hilbringen. Fachbereichsleiter Gasper informiert, dass die Verwaltung derzeit dabei sei, die Fertiggaragen zwischen Stadthalle und altem ATC-Gebäude frei zu räumen, so dass diese im kommenden Frühjahr aufgestellt werden könnten.

2 Saarlandpakt: Information und Teilnahmebeschluss

2019/274
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld informiert Bezug nehmend auf die Vorlage, dass das Land die Hälfte der Liquiditätskredite übernehmen werde. Die Kommunen müssten im Gegenzug die verbleibenden Kredite innerhalb eines Zeitraums von 45 Jahren tilgen. Einerseits sei es positiv, dass das Land die Stadt unterstütze. Andererseits gelte es für die Kreisstadt Merzig, in Zukunft noch härtere Auflagen zu erfüllen. D.h. im Ergebnis, dass die Stadt strukturell noch mehr einsparen müsse, als sie es in den letzten Jahren ohnehin schon getan habe. Er glaube – zumindest seien sich auf der Ebene der Bürgermeister alle einig – dass auch der Bund im Sinne von gleichwertigen Lebensverhältnissen die saarländischen Kommunen unterstützen müsse. Der Ausschuss habe der Vorlage zugestimmt. Wie der Vorsitzende betont, sei diese Entscheidung alternativlos, denn wenn die Stadt diesem Pakt nicht beitrete, müsste sie die gesamten Schulden selbst tilgen, was rechnerisch nicht leistbar sei.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler schildert die Wahrnehmung vieler Bürger, wonach die Stadt – wenn der Saarlandpakt komme – die Hälfte der Schulden verliere und dann wieder Geld genug habe. In diesem Zusammenhang könne man auch lesen, dass Kommunen in anderen Bundesländern im Geld schwimmen würden, was den Eindruck verstärke, dass es den saarländischen Kommunen künftig besser gehe. Dies sei, wie vom Bürgermeister erwähnt, sicherlich nicht der Fall.

Der Saarlandpakt sei alternativlos. Von 48 Mio. € werde die Hälfte der Liquiditätskredite übernommen. Man rede hier jedoch nicht vom Gesamtschuldenvolumen, sondern von den Überziehungskrediten, die zur Hälfte abgenommen würden. Dies bedeute aber auch, dass die Stadt – falls sie dem Saarlandpakt heute nicht zustimme – auch diese 24 Mio. € behalten und weiterhin Zinsen zahlen müsse, ohne in eine Tilgung hinein zu gehen. Nun habe man die Möglichkeit, einmal die Schulden erlassen zu bekommen und ferner in einen Tilgungsplan zu gehen, der einen Zeitraum von 45 Jahren umfasse. Wenn die Stadt dem Saarlandpakt zustimme, bedeute dies auch, dass sie an gewisse Regularien gebunden sei. Es seien klare Vorgaben formuliert, auch wenn es darum gehe, Investitionen zu bekommen. Investitionen erhalte die Stadt, wenn sie einen strukturellen, ausgeglichenen Haushalt vorweisen könne. Dafür habe die Stadt drei Jahre Zeit. Ansonsten werde die Stadt den Investitionszu-

schuss zurückzahlen müssen. Bis 2023 müsse die Stadt 315.000 € jährlich zurückzahlen, sie müsse eine Mindesttilgung für die Zeit von 45 Jahren von mindestens 460.000 € haben und ab 2024 den strukturellen Haushaltsausgleich sicherstellen, damit die Stadt noch einen Teil vom Investitionskuchen abbekomme. Aber die CDU-Stadtratsfraktion sei davon überzeugt, dass die Kreisstadt Merzig diesen Weg gehen müsse. Man brauche Generationengerechtigkeit. Man dürfe keinen Schuldenberg hinterlassen und müsse die Rahmenbedingungen schaffen, um weiterhin Investitionen zu erwirtschaften.

Es müsse erkannt werden, dass die saarländischen Kommunen diese Last nicht allein stemmen können und Bundeshilfen benötigen. Viele Dinge seien, beispielsweise mit Blick auf die Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene, unverschuldet. Er würde sich freuen, wenn der Rat für Merzig und die nachfolgenden Generationen heute einen einstimmigen Beschluss herbeiführen würde.

SPD-Fraktionssprecher Klein kündigt an, dass die SPD-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag und somit dem Saarlandpakt zustimmen werde. Seiner Ansicht nach werde dadurch eindeutig der finanzielle Spielraum der Stadt verbessert, aber die Stadt gehe zugleich auch eine große Verpflichtung ein. Es würden dann klare und strenge Vorgaben gelten in der Finanzpolitik der teilnehmenden Städte und Gemeinden bis zum Jahr 2065. Alle Verantwortlichen müssten somit noch genauer hinsehen und abwägen, für welche Zwecke und in welcher Höhe die Stadt Gelder ausgeben wolle und könne. Max Merkel habe mal ein Fußballbuch mit dem Titel „Mit Zuckerbrot und Peitsche“ geschrieben. So ähnlich sehe die SPD-Fraktion den Aufbau und die Ziele des Saarlandpaktes. Die Eckdaten des im Oktober 2019 einstimmig im Landtag verabschiedeten Gesetzes zum Saarlandpakt seien von seinem Vorredner bereits mehrfach erwähnt worden. Was der SPD-Fraktion beim Saarlandpakt sehr wichtig erscheine, sei die Tatsache, dass neben den Kreditübernahmen durch das Land – 50 Prozent der kommunalen Kassenkredite bis 2065 – auch zusätzlich eine Investitionssumme verankert worden sei, um den Kommunen bei den Investitionen, die wichtig und notwendig seien, unter die Arme zu greifen. Dieser Investitionsfonds von jährlich 20 Mio. € würde für Merzig nach einem bestimmten Verteilschlüssel im Saarland z.B. in 2020 zusätzliche Einnahmen von etwa 448.000 € bedeuten.

Die Kreisstadt Merzig habe zurzeit 48 Mio. € Kassenkredite. Davon würde das Land 50 Prozent, somit 24 Mio. €, bis 2065 übernehmen. Mit Blick auf Max Merckels Buchtitel „Mit Zuckerbrot und Peitsche“ sei zu beachten, dass die Stadt sich dazu verpflichte, die restlichen 24 Mio. € parallel selbst zu tilgen. Dies bedeute momentan, dass die Stadt – mit steigender Tendenz jährlich – eine jährliche Tilgungsrate von etwa 460.000 € erwirtschaften bzw. ersparen müsse. D.h., der Ergebnishaushalt werde bis 2065 jährlich mit rd. 460.000 € belastet. Die gesetzlich auferlegte Schuldenbremse verpflichte die Stadt zusätzlich, bis 2024 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dadurch habe die Stadt bis 2024 eine weitere Tilgung zu erbringen – etwa 300.000 € jährlich. Im Klartext bedeute dies in der Summe 760.000 €, die bis 2024 jährlich im Haushalt veranschlagt werden müssten, wodurch der Spielraum weiter eingeschränkt werde. Nicht unerwähnt bleiben dürfe ebenfalls, dass die Stadt ab 2024 keine weiteren Kassenkredite mehr aufnehmen dürfe, es sei denn, dass diese Kredite dann sofort innerhalb von drei Jahren wieder abgebaut würden.

Der Saarlandpakt sei ein Meilenstein auf dem Weg zur Entschuldung der Städte und Gemeinden und zur Stärkung der Investitionskraft der Kommune. Das Saarland übernehme dabei aus Sicht der SPD-Fraktion eine bundesweite Vorreiterrolle. Der Bund sei jetzt am Zuge. Er hoffe, dass die Vertreter in Berlin den Weckruf durch den Saarlandpakt gehört und verstanden haben. 82 Mio. Menschen in Deutschland würden in Städten und Gemeinden leben. Dort spiele sich das Leben ab und dort gehöre auch ausreichend Geld hin, um für geordnete, gute Lebensverhältnisse zu sorgen.

Beschluss:

Die Teilnahme der Kreisstadt Merzig an der Übernahme des nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Saarlandpakt errechneten Betrages struktureller Liquiditätskredite durch das Land wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	1

3 Hebesatzsatzung 2020**2019/281**
ungeändert beschlossen

Der Bürgermeister erklärt, dass es bei diesem Thema auch darum gehe, Forderungen aus dem Junkernheinrichgutachten umzusetzen, d.h. auch bei der Grund- und Gewerbesteuer tätig zu werden. Die Kreisstadt Merzig liege dort unter dem Landesdurchschnitt. Die Verwaltung wolle daher die Grundsteuer sehr moderat erhöhen. Trotz dieser Erhöhung der Grundsteuern wäre die Stadt immer noch unter dem Landesdurchschnitt. Heute habe die Verwaltung die aktuellen Zahlen in Bezug auf die Schlüsselzuweisungen erhalten. Die Grundsteuer A sei im Jahr 2018 landesweit bei 298 %. Nach der für 2020 vorgesehenen Erhöhung liege Merzig bei 275 % und somit immer noch unter dem Durchschnitt von 2018. Die Grundsteuer B habe im Jahr 2018 einen Durchschnitt von 439 Prozent. Die Verwaltung wolle auf 415 Prozent erhöhen. Die Gewerbesteuer solle unverändert bei 425 Prozent bleiben. Diese habe 2018 im Landesdurchschnitt bei 445 Prozent gelegen. Daran könne man erkennen, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung sehr moderat sei. Dazu habe es mehrheitliche Zustimmung im Fachausschuss gegeben.

Beschluss:

Die beigefügte Hebesatzsatzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	3	1

4 "Lokal - regional - bio - Merzig handelt fair"
Re-Zertifizierung am 24.04.2020**2019/230**
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld bittet darum, jeweils ein Mitglied aus allen Fraktionen für die Steuerungsgruppe zu benennen. Die Verwaltung werde dazu alle Fraktionen im Anschluss an die Sitzung per E-Mail kontaktieren und um Benennung bitten.

Beschluss:

Die Verwaltung empfiehlt die Re-Zertifizierung erneut anzustreben, weitere städtische Kindertageseinrichtungen und Merziger Schulen für die Fairtrade-Initiative zu gewinnen und wei-

terhin bei der Bewirtung innerhalb des Rathauses mindestens zwei Fairtrade-Produkte, wie fair gehandelten Kaffee, Zucker oder Säfte, zu verwenden. Zudem sollen, wann immer es geht und es sich in einem angemessenen finanziellen Rahmen bewegt, lokal – regional – bio und fair erzeugte Waren den Vorrang bei der kommunalen Beschaffung erhalten.

Zudem empfiehlt die Verwaltung den städtischen Gremien, jeweils ein Mitglied der Stadtrats-Fraktionen zur Mitwirkung in der Fairtrade-Steuerungsgruppe zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	0

-
- 5 **Änderungen Schülerbeförderung 2020 - Abschluss eines neuen Beförderungsvertrags** **2019/236-001**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss des Vertrages zur Schülerbeförderung mit dem neuen Linienbetreiber ARGE Nahverkehrsgesellschaft zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	1

-
- 6 **Bestellung eines Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung** **2019/264**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Es wird beschlossen, die W + ST Wirtschaftsprüfung AG & Co.KG, Dillingen mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	0

-
- 7 **Änderung der Satzung der Kreisstadt Merzig über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage und die Abwälzung der Abwasserabgabe (Abwassergebührensatzung)** **2019/266**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die vorgeschlagenen Änderungen der Satzung der Kreisstadt Merzig über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage und die Abwälzung der Abwasserabgabe (Abwassergebührensatzung) gemäß Vorlage wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	1

-
- 8 **Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2020 des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung** **2019/269**
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Weiten (B90/Die Grünen) kündigt die Zustimmung seiner Fraktion an. Einen Punkt wolle er andiskutieren. Es handele sich um keinen Wirtschaftsbetrieb im eigentlichen Sinne, der Gewinne erzielen könne. Die Diskrepanz zwischen den Abschreibungen, der AfA und der Ersatzinvestition/Teuerungsrate/Neuinvestition und die stetige Erhöhung der Nettokreditaufnahme seien ein Problem, das in die nächste Generation verschoben werde. Er habe ein Problem damit, wenn man die Gebühren so gestalte, dass keine Gewinne erzielt würden, dass die Nutzer der Kanäle auch nur die laufenden Kosten tragen. Bei der AfA-Geschichte sei es so, dass diese linear angesetzt werde und jetzt bei 1,5 Mio. € liege. Es gebe einen großen Investitionsstau. Es würden ständig Neuinvestitionen getätigt und die Ersatzinvestitionen seien durch die Teuerungsrate immer größer als die eigentliche Abschreibung. Die Stadt habe auf Dauer das große Problem, dass sie in den kommenden 20 bis 30 Jahren mit relativ hohen Summen sowohl Ersatz- als auch Neuinvestitionen finanzieren müsse. Sie schiebe das Problem mit relativ guten Zinssätzen vor sich her, d.h. man habe immer höhere Fremdkapitalanteile. Ratsmitglied Weiten (B90/Die Grünen) regt an, eine andere Lösung im Bereich der AfA zu finden, da die Stadt irgendwann mit größeren Fremdkapitalansätzen große Probleme bekomme, weitere Finanzierungen zu gestalten, wenn die Nullzinspolitik kippe.

Fachbereichsleiter Gasper erklärt, dass in der Satzung festgelegt sei, dass nach dem Wiederbeschaffungswert abgeschrieben werde. Dann müsse die Stadt letztendlich ihre gesamte Abwasserthematik auf andere Füße stellen. Das würde ein langfristiger Prozess werden. Es werde erforderlich, die Buchhaltung anzupassen. Darüber müsse man sich im Klaren sein. Abschreibungssätze und -werte müssten angepasst werden, was natürlich mit entsprechenden Kosten verbunden sei, die an den Gebührenzahler weitergegeben würden.

Ratsmitglied Weiten (B90/Die Grünen) stimmt den Ausführungen von Fachbereichsleiter Gasper zu. Er sehe aber auf längere Sicht gesehen nicht die Notwendigkeit, diese Systematik beizubehalten. Er wolle die Diskussion anregen, darüber nachzudenken, irgendwann eine Anpassung vorzunehmen. Irgendwann funktioniere das System nicht mehr. Auch, wenn die jetzigen Mandatsträger dann nicht mehr in der Verantwortung seien, wäre es für die nachfolgenden Generationen ein Problem. Deshalb rege er an, das Thema anzudiskutieren. Auch

ein langwieriger Prozess oder eine langwierige Übergangsphase seien dankbar. Ansonsten sehe er das Problem, dass der Karren irgendwann an die Wand gefahren werde.

Bürgermeister Hoffeld schlägt vor, darüber im Fachausschuss zu diskutieren.

Ratsmitglied Temmes (B90/Die Grünen) nimmt Bezug auf die Erläuterungen zum Vermögensplan 2020. Dort stehe auf Seite 9: „Im Wirtschaftsjahr 2018 wurden lediglich die Asphaltarbeiten verwaltungswirksam abgewickelt. Seit Oktober 2018 liegt der DB die Schlussrechnung bereits vor. Aufgrund gravierender baulicher Mängel hat die DB bei der durch den Betrieb für innerörtliche Abwasserentsorgung zu leistenden Schlusszahlung einen Betrag in Höhe von 50 T€ einbehalten.“ Er bittet um Auskunft, um welche Schäden es sich gehandelt habe.

Verwaltungsbeamtin Dreuße vom FB 322 informiert, dass die DB für die Rechnungsstellung und die Abwicklung der Zahlungen zuständig sei. Im Rahmen der Abnahme seien die Mängel in der Bauausführung aufgetaucht und festgehalten worden. Diese seien bis dato noch nicht behoben. Die Firma sei auch in der Nachbearbeitungsfrist nicht der Mängelbehebung nachgekommen. Deshalb habe die DB erklärt, die Kosten derzeit noch nicht begleichen zu können.

Ratsmitglied Temmes (B90/Die Grünen) hält fest, dass diese Mängel der Gewährleistungsfrist unterliegen. Dies wird vom Ersten Beigeordneten Ernst bestätigt. Die Stadt habe auch selbst diese Mängel bei der DB als Vorhabenträger reklamiert und gemeldet. Die DB habe die Firma mehrfach aufgefordert, ihrer Pflicht nachzukommen, was bisher nicht geschehen sei. Vor zwei Monaten sei angedroht worden, selbst tätig zu werden und der Firma die Leistungen in Rechnung zu stellen.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	0

9 Bestellung eines Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 **2019/282**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die WIBERA AG wird mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 des Betriebs für örtliche Abfallentsorgung beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	0

Bürgermeister Hoffeld erklärt, dass die Anpassung der Gebühren notwendig sei. Diese sollen weiterhin verursachergerecht berechnet werden. Zusätzlich zur Berechnungsempfehlung der Verwaltung sei im Ausschuss der Wunsch geäußert worden, weitere Berechnungsmodelle zur Verfügung zu stellen. Diesem Wunsch sei die Verwaltung nachgekommen. Die Unterlagen seien als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt worden. Die in der Vorlage vorgeschlagene Gebührenberechnung sei aus Sicht der Verwaltung die gerechteste.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) nimmt Bezug auf die Diskussionen im Ausschuss. Es stelle sich immer im Falle einer Gebührenerhebung die Frage nach der Gebührengerechtigkeit. Hinzu kämen die politischen Zielsetzungen, wie die Abfallwirtschaft in der Kreisstadt Merzig gestaltet sein solle. Vorab danke er der Verwaltung für die sehr transparenten Zahlen, die den Rat in die Lage versetzen, sich ein eigenständiges Urteil zu bilden. Ratsmitglied Klein (CDU) erläutert die Frage, was seinerzeit die Voraussetzung gewesen sei, unter der die Kreisstadt Merzig aus dem EVS ausgeschieden sei. Die Stadt habe damals den Anspruch gehabt, eine moderne Abfallwirtschaft zu erhalten, die davon Abstand nehme, alles in eine Tonne zu werfen, und den Rest, den man in der Tonne nicht unterbringen könne, zu vier festen Terminen an den Straßenrand zu stellen (Sperrmüll). Damals habe man eine einheitliche Gebühr bezahlt, die nicht anregend dafür gewesen sei, um Müll zu vermeiden.

Das zweite Ziel, das sich der Stadtrat neben der Müllvermeidung gesetzt habe, sei die Kreislaufwirtschaft gewesen - Stoffe, die aktuell nicht mehr benötigt würden, sollten wieder in den Kreislauf zurückgeführt werden. Diesem Ziel sollte in ganz besonderem Maße der Wertstoffhof dienen. Was die Stadt am Ende erhalten habe, entspreche nicht genau dem, was man sich vorgestellt habe. Ein Wertstoffhof, der letztendlich nur Abfallstoffe sortiere und dann unter Umständen noch einen Wert aus dem Abfallstoff nehme, sei nicht das Ziel gewesen. Ziel sei eigentlich gewesen, Dinge erst gar nicht zu Abfall werden zu lassen, sondern sie anderen zur Verfügung zu stellen, die diese vielleicht wieder benötigten. Aber dies sei ein Kapazitätsproblem gewesen; diese Zielsetzung habe die Stadt bislang nicht erreicht. Dies seien Themen, über die sich der Stadtrat langfristig noch Gedanken machen müsse. Vor dem Hintergrund stelle sich natürlich auch bei der heute zu treffenden Entscheidung die Frage nach der Gebührengerechtigkeit. Der Verwaltungsvorschlag habe darauf abgezielt, die Mehreinnahmen insgesamt im Wertstoffzentrum zu erzielen. Seine Fraktion sei der Auffassung gewesen, die gesamte Abfallentsorgung zu betrachten. Die Biotonne werde wie selbstverständlich seit vielen Jahren subventioniert. Er beantrage, die Variante 4 zu beschließen, bei der die Grundgebühr beim 120 Litergefäß bei 52,20 € belassen, die Grundgebühr für das 240 Litergefäß bei 65,28 € und die Gewichtsgebühr für Restabfall bei 0,32 € pro kg liege sowie die Biotonne um 3,96 € im Jahr auf 69,96 € (der Betrag müsse sich durch zwölf teilen lassen, weshalb dieser unrunde Betrag zustande komme) erhöht werde. Damit sei Merzig gemeinsam mit Mettlach in der Spitzenklasse. Der Eigenkompostiererabschlag werde dann auf 4,87 € gesenkt. Dieser Eigenkompostiererabschlag sei nur dann erforderlich, wenn keine kostendeckenden Gebühren erhoben werden. Die Stadt erhebe nach wie vor für die Biotonne keine kostendeckenden Gebühren. Im Ergebnis komme man laut der Berechnungen der Verwaltung im Wirtschaftsplan auf dieselbe Summe; man habe lediglich eine andere Verteilung vorgenommen, als von der Verwaltung empfohlen.

Mit Blick auf die zweijährige Vertragsverlängerung regt Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) an, diese zwei Jahre im Ausschuss zu nutzen, um sich Gedanken darüber zu machen, wie eine Abfallwirtschaft in der Kreisstadt Merzig ihren planerischen Zielen, so wie er sie soeben beschrieben habe, in Zukunft gerecht werde. Zugleich könne man überlegen, an welcher Stelle

gegebenenfalls noch an der der einen oder anderen Stellschraube gedreht werden müsse. Die Stadt könne stolz auf ihren Wertstoffhof sein.

Ratsmitglied Klose (SPD) stimmt den Ausführungen von Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) zu. Er danke der Verwaltung, dass auf die Hinweise in der Ausschusssitzung reagiert worden sei, indem verschiedene Varianten vorgestellt worden seien. Die SPD-Fraktion habe sich die Entscheidung, welche Variante die beste und gerechteste sei, nicht leicht gemacht. Letztendlich habe sie sich für die Variante vier entschieden. Er spreche sich dafür aus, den Wertstoffhof in der derzeitigen Form zu erhalten und nicht weiter mit höheren Nutzungsgebühren zu belegen. Gleichzeitig falle die jährliche Unterdeckung im Bereich der Biotonne ins Auge. Im Ergebnis habe dies die SPD-Fraktion veranlasst, sich für die Variante 4 zu entscheiden.

Ratsmitglied Weiten (B90/Die Grünen) erinnert daran, dass es nunmehr vier Varianten gebe. Variante eins sei die Variante, die die Verwaltung zuerst vorgeschlagen habe, da sie das Richtige erkannt habe. Bei Variante vier werde das Verursacherprinzip nicht berücksichtigt. Beim Wertstoffhof gebe es einen Fehlbetrag von 193.000 €, der hauptsächlich verursacht werde durch schwere Abfälle, Holz III und Holz IV. D.h. die Stadt subventioniere weiterhin eine kostengünstige Entsorgung auf Kosten anderer Fraktionen. Es sei dahin gestellt, dass die Biotonne weiterhin subventioniert werde. Letztendlich werde sie nicht mehr in dem Umfang subventioniert, wie Abfälle, die kostengünstig für diejenigen, die dorthin fahren, entsorgt würden. Dieses Problem werde nicht dadurch gelöst, dass man die Gebühr für die Biotonne erhöhe. Die Biotonne sei auch deshalb subventioniert, weil man den Anreiz schaffen wolle, die Haushaltsabfälle getrennt zu entsorgen. Er gehe auch davon aus, dass die Entsorgungskosten – wenn das Biomassenkraftwerk in Velsen stehe – positiv beeinflusst werden. Die Grüne-Fraktion präferiere ausschließlich die Variante eins. Alle anderen Kosten würden über die Gewichte beim Restabfall subventioniert; d.h. die 0,30 € pro kg seien nicht die Kosten, die im jeweiligen Haushalt pro kg tatsächlich anfallen würden. Dies sei die Hauptquerfinanzierung für den Wertstoffhof. Der Wertstoffhof werde bei Variante vier nicht herangezogen zur Deckung der Kosten, die dort entstünden. Man finde im Saarland keine Stelle wie den Merziger Wertstoffhof, wo Sperrmüll so günstig entsorgt werden könne. Zu beachten sei, dass in Zukunft die Abfallannahmestelle in Fitten geschlossen werde, so dass der „Druck“ noch größer werde. Das Verursacherprinzip sei bei Variante vier nicht gegeben, so dass die Grünen-Fraktion nur der Variante eins zustimmen werde.

Ratsmitglied Schuh (FWM) erklärt, er könne sich mit einer moderaten Erhöhung nach Variante vier und eins durchaus anfreunden. Wie Ratsmitglied Weiten (Grüne) sehe er das Verursacherprinzip. Im Ausschuss sei zum Ausdruck gekommen, dass die Biotonne quersubventioniert sei, und zwar in erheblich höherem Maße, als die vorgesehene Erhöhung. Er sehe beim Wertstoffhof nach dem Verwaltungsvorschlag eine Erhöhung von 21.446 €. Auf Nachfrage von Ratsmitglied Schuh (FWM), ob bei Variante vier mit einer ähnlichen Erhöhung zu rechnen sei, erklärt Verwaltungsmitarbeiter Nollmeyer vom FB 322, dass das Nutzungsentgelt unverändert bleibe. In diesem Fall werde mit Einnahmen von 64.000 € gerechnet, während bei Variante eins beim Nutzungsentgelt 86.000 € anfallen würden.

Ratsmitglied Schuh (FWM) vertritt die Auffassung, dass das Verursacherprinzip im Vordergrund stehen müsse. Derjenige, der die Kosten verursache, solle dafür auch bezahlen. Für den Fall, dass Variante eins beschlossen würde, sei er dafür, das Nutzungsentgelt beim Wertstoffhof für den PKW nicht zu erhöhen, da dieser anteilig das geringste Volumen einbringe. Das größte Volumen bringe der große Anhänger ein. Vor diesem Hintergrund solle die Gebühr für den PKW seiner Ansicht bei 4 € verbleiben, wenn es zu Variante eins komme, und das Entgelt für den kleinen auf 8 € und den großen Anhänger auf 16 € erhöht werden.

Ratsmitglied Weiten (B90/Die Grünen) erklärt, dass auch dieser Kompromissvorschlag nichts an der Tatsache ändere, dass die Gebühren immer noch nicht verursachergerecht seien. Er weist nochmals auf die Summen hin, die zum größten Teil immer über die Restabfalltonne

quersubventioniert würden. 93.000 € würden für den Wertstoffhof über drei Fraktionen quersubventioniert.

Ratsmitglied Boos (CDU) gibt zu bedenken, dass eine Erhöhung der Nutzungsentgelte beim Wertstoffhof das Risiko erhöhe, dass Abfälle illegal in der Landschaft entsorgt werden. Diese dadurch anfallenden Entsorgungskosten würden letztendlich ebenfalls auf die Stadt zukommen.

Beschluss:

Die Änderungen der Abfallgebührensatzung werden gemäß der vorliegenden Variante vier beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	6	2

11 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für das Wertstoffzentrum **2019/284**
zurückgezogen

Die Wortbeiträge unter TOP 10 beziehen sich ebenfalls auf diesen Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Die Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für das Wertstoffzentrum wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	0

12 Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2020 **2019/285**
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) weist darauf hin, dass einige Positionen aufgrund der Beschlussfassung zu TOP 10 angepasst werden müssen.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Betriebs für örtliche Abfallentsorgung für das Jahr 2020 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	0

13 Aufstellung einer Ergänzungssatzung „Zum Saargau“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Büdingen

2019/253
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Temmes (Grüne) erklärt, dass im Textteil der Planzeichnung stehe, dass die Grundfläche den Anteil des Baugrundstücks, der vom Hauptgebäude überdeckt sein dürfe, beschreibe. Hier werde eine Fläche von maximal 200 qm je Grundstück benannt. Dies würde bei zwei Grundstücken bedeuten, dass auf jedem Grundstück ein 200 qm großes Wohnhaus errichtet werden dürfte. Fachbereichsleiter Bies erläutert, dass das auf dem Plan dargestellte Baufenster entscheidend sei. Dies werde später beim Bauantrag überprüft. Da die mittlere Grenze schräg verlaufe, sollte nach Auffassung von Ratsmitglied Temmes (Grüne) darauf geachtet werden, dass zur mittleren Grenze rechtwinklig gebaut werde.

Beschluss:

Die beantragte Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 BauGB wird aufgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	1

14 2. Teiländerung des Bebauungsplans "Kreimertsberg/Saum" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Besseringen, Satzungsbeschluss

2019/255
ungeändert beschlossen

Beschluss:

1. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB gemäß der beiliegenden Beschlussvorlage sowie die Übernahme des Abwägungsergebnisses in die Planung werden beschlossen.
2. Die 2. Teiländerung des Bebauungsplans „Kreimertsberg/Saum“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	0

Bürgermeister Hoffeld erklärt, dass dank einer sehr aktiven Bürgerbeteiligung ein guter Plan erstellt worden sei, wie der Stadtteil Besseringen auch in Zukunft gut aufgestellt sei. Auf Basis dieses Plans wolle sich die Verwaltung künftig um Zuschüsse bemühen.

Ratsmitglied Ripplinger (CDU), zugleich Ortsvorsteher des Stadtteils Besseringen, spricht von einem gelungenen Werk und einer sehr aktiven Bürgerbeteiligung. Dafür wolle er sich bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwaltung bedanken. Es habe im Bürgerhaus Besseringen drei gut besuchte Veranstaltungen gegeben, bei denen ein Leitbild erarbeitet worden sei. Aufwertungsbereich und Maßnahmevorschläge hätten im Ortsrat und im Ausschuss Zustimmung gefunden. Positiv sei gewesen, dass auch die Vorstellungen der Gewerbetreibenden in Besseringen größtenteils hätten mit berücksichtigt werden können, so dass es sich insgesamt um ein Werk mit sehr großer Zustimmung handele. Von Seiten des Ortsrates habe es zwei Anmerkungen gegeben, die auch im Ausschuss kommuniziert worden seien. Einigkeit bestehe darin, dass eine Verkehrsberuhigung im Ortszentrum erfolgen solle; aber die Gleichberechtigung von Fußgängern, Radfahrern und PKWs werde in Besseringen nicht präferiert. Die übrigen Maßnahmen und Aufwertungsbereiche fänden Zustimmung. Die Detailplanung werde dann zum späteren Zeitpunkt wieder in den städtischen Gremien, inklusive des Ortsrates, beraten.

Ratsmitglied Lorenz (SPD) erklärt, dass er stolz darauf sei, dieses Projekt „Integriertes Dorfentwicklungskonzept für den Stadtteil Besseringen“ von Beginn an, und zwar bereits ab der Festlegung der Grenzen, innerhalb derer es Anwendung finden solle, mit begleiten und dazu auch einige Beiträge leisten zu dürfen. Dass dieses Konzept hervorragende Inhalte verkörpere, liege an der ausgezeichneten Arbeit der drei Expertinnen vom Büro agl Hartz, Saad, Wendl unter Verantwortung von Frau Hartz und unter Einbeziehung der Bauverwaltung. Die Beteiligten hätten es geschafft, ihre Expertise mit den wohl nicht immer einfachen Wünschen der Bürgerinnen und Bürger während dreier Workshops in Einklang zu bringen sowie auch die Fachleute der Verwaltung und die beteiligten Gremien zu überzeugen. Folglich sei es logisch und konsequent gewesen, dass die bisher befassten Gremien dem Konzept grundsätzlich zustimmten. Wenn sich auch der Ortsrat noch gewisse Einschränkungen vorbehalten habe, z.B., dass die alte Schule im Besitz der Kreisstadt Merzig bleiben müsse, so dürfte dies kein echter Pferdefuß sein. Insgesamt habe der Auftrag der Kreisstadt Merzig seinen Niederschlag in einer überzeugenden Expertise gefunden, deren zeitnahe Umsetzung - zumindest der Vorschläge, die im Einflussbereich der Kreisstadt Merzig liegen würden - unmittelbar angegangen werden sollte. In dieser Hoffnung teile er im Namen der SPD-Stadtratsfraktion mit, dass diese dem Verwaltungsvorschlag zustimmen werde.

Ratsmitglied Schuh (FWM) begrüßt das vorliegende Konzept. Lediglich der Schließung der Unterführung könne er mit Blick auf Sicherheitsaspekte nicht zustimmen. Egal, wie die Verkehrsberuhigung am Ende zwischen Kirche und ehemalige Metzgerei Martin aussehe, Autos müssten dort immer noch fahren. Es wäre fatal, wenn der Tunnel geschlossen würde und jemand zu Schaden käme. Aus Sicherheitsgründen sei er gegen die Schließung des Tunnels.

Bürgermeister Hoffeld gibt zu bedenken, dass dies seiner Erinnerung nach im Rahmen der Bürgerbeteiligung von den Bürgern so gewünscht worden sei.

Beschluss:

Der Abschlussbericht und der Maßnahmenkatalog werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	0

16 Umgang mit Zigarettenresten im öffentlichen Raum; Antrag "Bündnis 90/Die Grünen" vom 27.09.2019 **2019/245-001**
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld berichtet über die intensive Diskussion im zuständigen Fachausschuss. Auf Wunsch des Ausschusses sei eine Verwaltungsvorlage zu diesem Thema erstellt worden. Zukünftig wolle man eine Aufklärungskampagne in Neues aus Merzig starten, außerdem sollten die Ortsvorsteher die Stadtverwaltung über mögliche fehlende Standorte von Aschenbechern informieren.

Ratsmitglied Weiten (Grüne) spricht die intensive Diskussion im Ausschuss an. Dies habe er als sehr positiv empfunden. Einige Äußerungen hingegen seien ihm sehr suspekt gewesen. Er spricht die Beschlussvorlage an und dass bei dieser grundsätzlich die Öffentlichkeitsarbeit angesprochen werde sowie das Aufstellen von Aschenbechern. Dies sei seines Erachtens schon mal ganz gut. Er frage sich, wie es zu Äußerungen komme, wie z.B. Spielplätze seien Rauchverbotszonen. Diese Rauchverbotszonen seien in Ordnung, aber alle Spielplätze seien unterschiedlich beschildert, manche Spielplätze hätten diese Beschilderung, aber andere nicht. Als weiteres Beispiel nennt er die Besucher des Stadtparkes. Für diese sei nicht zu erkennen, ob es sich dort um eine Rauchfreiezone handle. Man habe dort Müllgefäße aufstellen lassen, die für Asche und Zigaretten nicht geeignet seien. Es gehe hier auch nicht um eine Förderung der Raucher, sondern um die Aufklärung bezüglich der Gefahren durch die Zigaretten. Die Gefahrenaufklärung sehe er als wichtigsten Punkt in der Verwaltungsvorlage. Seines Erachtens müsste in den Verweilzonen, in denen das Rauchen gestattet sei, eine ordentliche Entsorgung möglich sein. Er sei kein Befürworter des Rauchens, aber im Stadtpark, sei ein einziger Papierkorb, den man dann als Raucherzone bezeichnen könnte. Als letzten Schritt sollte man über Sanktionen durch das Ordnungsamt nachdenken. Sein Vorschlag sei, eine Sanktion durch das Ordnungsamt in einer bestimmten Höhe zu verhängen und gleichzeitig als Provokation einen Taschenaschenbecher anbieten. Bei dem Vorschlag der Verwaltung fehle ihm ein bisschen mehr, als nur aufklären und nach Aschenbecherstandorten zu suchen.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) erklärt, dass das Thema Abfallentsorgung nichts Neues sei. Seit Jahrzehnten beschäftige man sich mit dem Entsorgen von wildem Müll, Zigaretten, Kaugummis usw. Es sei daher ein wichtiger Impuls, dass dieses Thema wieder aufgegriffen werde. Auch die Gefahren, wie z.B. die Verseuchung des Grundwassers durch die Zigaretten, seien nicht zu unterschätzen. Dies sei vielen Menschen nicht bewusst, die unbedacht ihre Zigaretten wegwerfen. Parteiübergreifend sei im Ausschuss über dieses Thema diskutiert worden und es sei wichtig, eine Aufklärungskampagne zu starten. Man wisse aber auch, dass Aufklärung nicht bei jedem fruchte, deshalb seien Sanktionsmaßnahmen im Bußgeldkatalog vorgesehen. Schauen müsse man, ob man direkt mit der Axt zuschlage oder ob man durch verschiedene Aufklärungskampagnen versuche, den Menschen dieses Thema näher zu bringen. Im zuständigen Fachausschuss sei angeregt worden, die Bedarfe zu ermitteln - nicht nur in der Kernstadt, sondern auch in allen Stadtteilen. Was er nicht wolle, sei das Aufstellen unzähliger (100-200) Abfallgefäße, die geleert und gepflegt werden müssten. Die CDU-Fraktion wolle nicht, dass Merzig die Stadt der Aschenbecher werde, sie wolle nach wie vor, dass Merzig die Stadt der Wölfe sei. Da dies ein wichtiges Thema sei, stimme die CDU-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zu.

Ratsmitglied Oehm (SPD) spricht von den Dingen, die alleine mit Anstand und Menschenverstand zu lösen seien. Das Thema Zigaretten beschäftige die Stadt schon seit längerem. Im Ausschuss sei darüber gesprochen worden, dass damals von Frau Caspari Taschenaschenbecher verteilt worden seien. Die Folge sei gewesen, dass dies nichts gebracht hätte. Die SPD-Fraktion vertritt die Meinung, dass kein Müll in die Umwelt gehöre, weder auf öffentliche Plätze noch in den Wald oder sonst wo hin. Auch die Gefahren seien nicht zu unterschätzen, z. B. das Gift, das durch die Zigaretten in die Umwelt gelange. Ein Ansatz könnte sein, über die Kindertagesstätten eine Informationsveranstaltung zu veranstalten oder durch Informationsschreiben auf die Eltern zuzugehen. Aufklärung über die Sache finde die SPD-Fraktion sehr gut, an den Menschenverstand zu appellieren sei auch sehr gut. Den Vertretern seiner Fraktion sei aber auch bewusst, dass durch diese Maßnahmen die Anzahl der Zigaretten nicht von heute auf morgen sinken werde. Deswegen sei es ein erster Schritt, dieses Thema in die Öffentlichkeit zu ziehen und im zuständigen Ausschuss Schritt für Schritt nachzubessern, wo es erforderlich sei. Dies könnte der eine oder andere Aschenbecher sein oder eine Infoveranstaltung. Merzig sei keine Aschenbecher-Stadt, dies solle sie auch nicht werden. Sie solle ein Stück sauberer werden, daran sollte gearbeitet werden. Die SPD-Fraktion sei bereit, dort mitzuwirken und unterstütze die Verwaltungsvorlage.

Bürgermeister Hoffeld nimmt Bezug auf die Frage des Ratsmitglieds Weiten (Grüne) bezüglich der Beschilderung der Spielplätze und sagt zu, sein Anliegen überprüfen zu lassen.

Ratsmitglied Weiten (Grüne) merkt zur Verwaltungsvorlage an, dass seine Fraktion für jeden Schritt, der in die richtige Richtung gehe, dankbar sei. Es reiche seiner Fraktion aber nicht. Aus diesem Grund werde seine Fraktion, sich zu diesem Thema enthalten. Eine informative Frage, die er zuvor gestellt habe, sei noch nicht beantwortet, nämlich ob der Stadtpark eine raucherfreie Zone sei. Die Beschilderung reiche nicht aus, so dass Besucher des Parks nicht erkennen könnten, ob der Stadtpark eine raucherfreie Zone sei. Man müsse die Situation immer als Besucher oder Gast betrachten, der den Park besuche. Es gehe ihm darum, die Besucher zu informieren.

Bürgermeister Hoffeld erklärt, der Stadtpark sei keine raucherfreie Zone. Man werde sich aber mit dem Thema befassen.

Bürgermeister Hoffeld informiert über eine Anfrage der Fraktion Freie Wähler bezüglich der Ableistung von Sozialstunden beim Baubetriebshof. Er erklärt, dass der Stadt 2018 13 Personen zugewiesen worden seien, die insgesamt 870 Arbeitsstunden ableisten sollten. Tatsächlich seien 381 Arbeitsstunden erbracht worden. 2019 seien es 15 Personen, die 1260 Arbeitsstunden ableisten sollten, aber tatsächlich 710 Arbeitsstunden erbracht hätten.

Ratsmitglied Spanier (parteilos) werde dem Antrag grundsätzlich zustimmen. Die Bekämpfung von Zigarettenresten im öffentlichen Raum sei ein wichtiger Punkt und es seien aber noch weitere Maßnahmen nötig. Es seien im Ausschuss schon viele mögliche Maßnahmen andiskutiert worden, wie z.B. die Erhöhung von Bußgeldern, eine bessere Beschilderung, mehr Kontrollen durch den Ordnungsdienst. Mit Blick auf die Aufklärungskampagne, die über Neues aus Merzig laufen solle, regt sich eine Beteiligung der Bürger dahingehend an, dass Anregungen und Ideen mitgeteilt werden.

Bürgermeister Hoffeld erklärt, dass einerseits der Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vorliege. Die Grünen-Fraktion beantrage, dass auf allen öffentlichen Plätzen und Grünanlagen der Kernstadt und in den Stadtteilen, wo Bürger und Bürgerinnen gezielt zum Verweilen eingeladen würden, Behältnisse aufgestellt und an den Bänken angebracht werden, um den Rauchern und Raucherinnen die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Zigarettenreste ordnungsgemäß zu entsorgen. Im Ausschuss sei darüber gesprochen worden, woraufhin der vorliegende Verwaltungsvorschlag erstellt worden sei. Bürgermeister Hoffeld richtet an die Fraktion B'90/Die Grünen die Frage, ob es möglich sei, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen und

gleichzeitig weiter an dem Thema zu arbeiten. Man solle hier auch nicht nur über Zigarettenreste reden, sondern über Müllvermeidung allgemein.

Ratsmitglied Weiten (Grüne) stimmt dem Vorschlag von Bürgermeister Hoffeld zu.

Bürgermeister Hoffeld hält fest, dass der Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen zurückgezogen und im Ausschuss weiter an diesem Thema gearbeitet werde, damit ein einstimmiger Beschluss gefunden werden könne.

Beschluss:

Aufbauend auf den Antrag von „Bündnis90/Die Grünen“ vom 27.09.2019 und der Diskussion im Ausschuss für Klima, Umwelt, Stadt- und Stadtteilentwicklung vom 3.12.2019 beschließt der Stadtrat, dass von Seiten der Verwaltung eine umfangreiche Kampagne zur Gefährlichkeit weggeworfener Zigarettenreste und den damit verbundenen Umweltgefahren in „Neues aus Merzig“ erfolgen soll. Im Rahmen der Ortsvorsteherdienstbesprechungen sollen die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher über die Thematik informiert und gebeten werden, Defizite hinsichtlich öffentlicher Aschenbecher zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	0

17 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Bürgermeister Hoffeld informiert, dass der neuste Sitzungskalender sowie die Termine der Arbeitsgruppen „Klimaziele“ und „Radverkehr“ im Ratsinformationssystem eingestellt seien. Außerdem liege noch eine Anfrage der Fraktion Freie Wähler vor, diese laute: „Durch die Presse habe man erfahren, dass Saarlouis ihre stationären Blitzer abgebaut habe. Sie würden nun gerne wissen, ob die städtischen stationären Anlagen ordnungsgemäß arbeiten oder auch abgeschaltet worden seien. Des Weiteren wolle man Einblicke in die Einnahmentwicklung dieser Anlagen“. Bürgermeister Hoffeld erklärt, dass die Blitzer wieder in Betrieb und turnusgemäß geeicht worden seien. Diese seien kurzfristig abgeschaltet worden, nachdem das Innenministerium alle aufgefordert habe, dies zu tun. Die Einnahmen betragen vom 03.05.2017 – 31.12.2017 = 287.515,00 €, für das Jahr 2018 230.095,00 € und vom 01.01.2019 – 29.11.2019 = 108.420,00 €.

Zum Thema Klimaschutzmanager wolle er mitteilen, dass die Ausschreibung der Stelle Klimaschutzmanager noch nicht möglich sei. Sie könne erst erfolgen - daran sehe man wie bürokratisch und schwierig dieses Thema sei - wenn der Zuschussgeber im Rahmen der Prüfung des Zuschussantrages die entsprechende Freigabe erteile. Dies könne laut Zuschussgeber noch bis zu einem halben Jahr dauern. Den Zuschussantrag zu stellen sei schon äußerst schwierig, nicht nur bei der Stadt Merzig, sondern bei allen Kommunen. Man habe nun die Arge Solar mit ins Boot genommen, die extern unterstütze. Nun müsse man abwarten. Das Antragsverfahren sei sehr aufwendig. Geschäftsbereichsleiterin Leinen berichtet, dass das Verfahren mittlerweile unüberschaubar sei. Nach Rücksprache mit anderen Städten und Gemeinden, wo bereits ein Klimaschutzmanager eingestellt worden sei, sei ohne die Beauftragung eines externen Dritten eine Person ein Jahr beschäftigt, diesen Antrag auszufüllen.

Des Weiteren liege noch eine Anfrage von Ratsmitglied Lorenz (SPD) vor. Die erste Frage laute: „Wie ist der Ablauf nach Eingang einer Niederschrift bei der Verwaltung?“ Antwort: Die Niederschrift wird vom Sitzungsdienst an alle Ressort- und Fachbereichsleiter weitergeleitet. Darüber hinaus werden die Themen entsprechend ihrer Zuständigkeit und Verantwortlichkeit gekennzeichnet, damit jeder Fachbereich wisse, wer zuständig ist. Die zweite Frage: „An wen wird die Niederschrift verteilt, wer wirkt an der Meinungsfindung zur Umsetzung der Beschlüsse mit und wer entscheidet letztlich über die weitere Behandlung der Beschlüsse?“ Antwort: Die jeweils zuständigen Ressorts und Fachbereiche sind für die Bearbeitung der Ortsratsbeschlüsse verantwortlich. Abstimmung und Entscheidungsprozesse innerhalb der Verwaltung orientieren sich am Verwaltungsaufbau. Die dritte Frage: „In welchen Fällen werden städtische Gremien schließlich mit den Beschlüssen der Ortsräte befasst?“ Antwort: Pauschal sei es schwierig, dies zu beantworten. Bei wichtigen Angelegenheiten, bei denen ein Ortsrat vor der Beschlussfassung im Stadtrat oder seiner Ausschüsse zwingend zu hören sei, werden die städtischen Gremien mit den Beschlüssen der Ortsräte befasst. Die letzte Frage: „In welchen Fällen werden die betr. Ortsräte über die Behandlung ihrer Beschlüsse und das entsprechende Ergebnis in Kenntnis gesetzt?“ Antwort: In einigen Fällen sei eine Unterrichtung der Ortsräte gesetzlich vorgeschrieben, so sei ein Ortsrat, wenn er Anträge eingereicht und Vorschläge unterbreitet habe, über die Entscheidung oder das Ergebnis der Beratung zu unterrichten. In der Regel erfolge diese Unterrichtung über den Ortsvorsteher. Aber auch bei Anträgen der Ortsräte an die Verwaltung wird der Ortsrat über den Ortsvorsteher über das Ergebnis der Prüfung oder die Erledigung einer Angelegenheit informiert. Schwierig sei es für die Verwaltung, da die Ortsratsprotokolle die Verwaltung wesentlich später erreichen, als die Sitzung stattgefunden habe. Somit sei das zeitnahe Handeln der Verwaltung manchmal nicht gegeben.

Bürgermeister Hoffeld ruft anlässlich der letzten Sitzung in diesem Jahr die wichtigsten Ereignisse in 2019 in Erinnerung und wirft einen Blick auf 2020.

Am 26. Mai fanden Kommunalwahlen statt, in deren Folge sich die städtischen Gremien, darunter auch der Stadtrat, neu konstituiert haben. Gemeinsam haben wir auch in 2019 wichtige Projekte auf den Weg gebracht

Im Bereich der Stadtentwicklung

- aufwendige Neugestaltung des Stadtparks , Wiederaufbau der Saline, geplant sei, diese im Frühjahr wieder nutzen zu können
- Aufwertung des Altstadtplatzes
- In Form eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs haben wir unter aktiver Teilnahme der Bevölkerung die Planungen zur Weiterentwicklung des Gustav-Regler-Platzes und des angrenzenden Seffersbachbereichs vorangebracht.

In den kommenden Monaten wolle man weitere Schritte vollziehen, um unser Stadtbild zu verschönern:

- Im Sport- und Freizeitpark wollen wir das Entrée städtebaulich aufwerten.
- Stadteingang im Bereich der Saarbrücker Allee wollen wir attraktiver gestalten.
- In wenigen Monaten werden das neue, sehr moderne AWO-Seniorenzentrum auf dem Gelände „Klosterkuppe“ sowie das neue Wohn- und Therapiezentrum am Gesundheitscampus in der Trierer Straße fertiggestellt. Beide Großprojekte werden in besonderer Weise die Kreisstadt Merzig als Gesundheitsstandort stärken und das Stadtbild positiv verändern.

Auch 2019 seien wichtige Projekte in den Stadtteilen auf den Weg gebracht worden. Es wurde mit Unterstützung des Landes in erheblichem Maße in unsere Infrastruktur investiert, darunter Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und Schulgebäude. Darüber hinaus habe sich durch den neuen WASGAU-Lebensmittelmarkt in Ballern die Nahversorgung für die Stadtteile auf der linken Saarseite maßgeblich verbessert. In Schwemlingen sei der Neubau der Laurentiushöhe – eine Investition von über 10 Mio. € - fertiggestellt und Mithilfe von Dorfentwicklungskonzepten, durch den Ausbau von Straßen und Gehwegen sowie die Schaffung von Wohnraum wolle man die At-

traktivität unserer Stadtteile erhalten. Baugrundstücke stelle man in dem Neubaugebiet „Alheck“ in der Kernstadt sowie in Schwemlingen und Merchingen zur Verfügung.

Hohe Investitionen seien in den Bereichen Schulen und Kitas getätigt worden.

Neben notwendigen und sinnvollen Maßnahmen in unseren Grundschulen entstehe ein Ersatzneubau für die von der Lebenshilfe betriebene integrative Kita „Schneckenhaus“. Gleichzeitig werde man die benachbarte Kita St. Josef sanieren und erweitern.

Um unsere Schülerinnen und Schüler fit für die digitale Zukunft zu machen, werden 200.000 € in die EDV-Ausstattung investiert.

Sorgen bereite ihm die prekäre Haushaltssituation. Man habe eben zugestimmt, dem Saarlandpakt beizutreten. Dies sei ein erster, wichtiger Schritt. Darüber hinaus sind aber zukünftig dringend weitere Bundeshilfen erforderlich, damit die Städte und Gemeinden im Saarland weiterhin ihre Verpflichtungen zur Daseinsvorsorge erfüllen können. Es sei trotz der schwierigen Haushaltssituation gelungen, viel zu investieren. Man könne auch stolz darauf sein, dass sich die Kreisstadt Merzig als Wirtschaftsstandort sehr positiv entwickelt habe.

Die Wirtschaftsdaten, insbesondere die Arbeitslosenzahlen, sprechen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung. An die Merziger Unternehmen gehe ein großer Dank für ihr erfolgreiches Wirken.

Die Arbeiten zur Erschließung des Gewerbeparks „Auf der Haardt“ seien derzeit im Gange; im nächsten Jahr werden sich die ersten Unternehmen ansiedeln und neue Arbeitsplätze schaffen.

Sehr erfreuliche Nachrichten habe die Bundesverteidigungsministerin vor wenigen Wochen bei ihrem Besuch in Merzig im Gepäck gehabt. So sei der Merziger Bundeswehrstandort „Auf der Eil“ langfristig gesichert und werde durch Investitionen in Höhe von mehreren Millionen Euro in den kommenden Jahren gestärkt.

Durch die Zustimmung der Bundeswehr werde endlich der Weg für den Bau der Nordumfahrung Merzig über den Truppenübungsplatz frei gemacht.

Darüber hinaus werde der Landesbetrieb für Straßenbau in wenigen Monaten mit der Umsetzung des nächsten Abschnitts des Merziger Verkehrskonzeptes starten.

Auch die Förderung des Radverkehrs und des ÖPNV seien Themen, die weiterhin auf unserer Agenda stehen.

Im Bereich Tourismus seien die herausragenden Übernachtungszahlen ein Beleg für die erfolgreiche touristische Arbeit in unserer Stadt. Mit der Fertigstellung des neuen 3-Sterne-Komfort-Hotels haben sich die Kapazitäten für Übernachtungen sowie die Anziehungskraft des Sport- und Freizeitparks weiter erhöht.

Im Bereich der Sportinfrastruktur wolle man mit der Erneuerung und Modernisierung des Blättelbornstadions als zentrale Sportstätte in der Kreisstadt Merzig in 2020 die Bedingungen für unsere Schulen, Vereine und Organisationen verbessern.

Es habe auch viele erfolgreiche Veranstaltungen gegeben. Bürgermeister Hoffeld nennt beispielhaft den Internationaler Talents-Cup, SparkassenCup, Saarschleifen-Land-Lauf oder die saarländische Schullaufmeisterschaften.

Es habe auch ein anspruchsvolles Kulturprogramm im Jahr 2019 gegeben. Dies seien beispielhaft das erstes Merziger Zeltfestival, Festivalsommer im Zeltpalast, Kultursommer, das über die Landesgrenzen hinaus bekannte Oktoberfest und in diesem Jahr das 50. Merziger Viezfest, die beliebten Feste in den Stadtteilen, die Seniorenmesse sowie unsere Märkte – darunter aktuell der Weihnachtsmarkt am Stadthaus Beim „Tag des offenen Testfelds“ konnten Besucher die Zukunft des Autofahrens live erleben und sich gleichzeitig über die Forschungsarbeit in Merzig informieren.

Im Jahr 2020 seien viele schöne Veranstaltungen geplant, u.a. das 6. Neujahrsspringen im Zeltpalast.

Bürgermeister Hoffeld richtet seinen Dank an alle Mitglieder des Stadtrates für ihre ehrenamtliche Tätigkeit. Ferner dankt er den Ortsräten mit Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern, den Beiräten, den Merziger Unternehmen, allen Vereinen und Verbänden, die einen sehr wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten, den Hilfsorganisationen Feuerwehr, DRK, MHD, THW, Polizei und Bundeswehr

Ein Dankeschön gelte ebenfalls der Presse, dem Beigeordneten Dieter Ernst, mit dem er sehr vertrauensvoll zusammenarbeite, allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - nicht nur in der Verwaltung; sondern ebenso beim Baubetriebshof, in den Kitas, Grundschulen, im Bereich des Forstes, in Wolfs- und Tierpark und im Expeditionsmuseum – dem Personalrat sowie allen Geschäftsführer und Mitarbeiter der städtischen Gesellschaften.

Er wünsche sich weiterhin eine sehr konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit, er hoffe, dass es noch ein „Mehr-miteinander“ geben werde. Er glaube, dass alle - die Mitglieder des Stadtrates und die Mitarbeiter Verwaltung - ein gemeinsames Ziel haben. Dies sei das Ziel, dass uns vereine, nicht das Ziel, dass man gegenseitig versuche, sich das Leben schwer zu machen. Er spricht von dem gemeinsamen Ziel, das die Kreisstadt Merzig nach vorne bringen solle und zu dem jeder Einzelne einen Beitrag leisten könne. Der Bürgermeister wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) spricht den Mängelmelder an, über den er gestolpert sei. Der Mängelmelder sei in der Kreisstadt Merzig ein ganz besonderes Werk. Er sei seit einigen Monaten wieder Ortsvorsteher im Stadtteil Bietzen und habe den Mängelmelder auf eine andere Art kennengelernt und wolle daraus eine Abwandlung und eine Anregung einbringen. Ihn habe eine Dame angerufen und den Mangel gemeldet, dass sie drei Wochen ins Krankenhaus gehe und deshalb nicht in der Lage sei, die Blumen, die sie vor dem Kreuz gepflanzt habe, zu gießen. Sie habe um eine Vertretung für drei Wochen gebeten, aber mit der Auflage, dass sie die Pflege der Blumen wieder übernehmen werde. Dies sei eine besondere Form des Mängelmelders, die er gerne zum „Beispiel“ nehmen und auch anregen wolle, dass man im neuen Jahr die Kraft finde, das Ehrenamt in dieser Gesamtheit zu würdigen.

Ratsmitglied Temmes (Grüne) freue sich über den behindertengerechten Ausbau der Bushaltestellen, es seien Anrampungen gebaut worden. An vielen Stellen sei dies sehr ordentlich, an anderen Stellen sei dies chaotisch. Er sei am Tag zuvor in Ripplingen vorbei gekommen. Dort habe das Wasser an einer Stelle gestanden, wo es nicht zu stehen habe, nämlich auf dem Hochpunkt. Dies heiße, man habe, um die Randsteine zu setzen, den Boden ausgehoben. Dort sei aber nachher vergessen worden, die Fläche ordnungsgemäß wieder einzusetzen. Das Wasser stehe nun an dem Bordstein, wo die Leute einsteigen. Auf der anderen Seite sei genau das Gegenteil der Fall. Dort sei eine neue Rinne vom LfS gebaut worden. Es sei auch ein Einlauf da, der aber zu hoch sei. Die Folge sei, dass das Wasser die Straße runterlaufe und neben dem Einlauf stehen bleibe.

Eine Bitte habe er noch: wenn man die Zufahrt zur Gaststätte Dorfbrunnen hinunter fahre, sei dort ein großer Absatz. Er sei überzeugt, dass die Verwaltung dort noch keine ordnungsgemäße Abnahme vorgenommen habe.

Stadtverordnete Biermann (CDU) erinnert an den Baruch, im Stadtrat die Sitzungsgelder der letzten Sitzung eines Jahres einem guten Zweck zu spenden. In diesem Jahr spenden die beiden großen Fraktionen von CDU und SPD ihre Sitzungsgelder an die AG Altenhilfe. Konkret gehe es um den Bus und den Einkaufsservice. Seit über 20 Jahren fahre man mit ehrenamtlichen Mitarbeitern ältere Menschen an, um diese zum Einkaufen zu bringen und wieder nach Hause. Dies sei ein Service, den man gerne unterstütze. Der Bedarf werde auch immer größer, teilte die AG Altenhilfe mit. Vor diesem Hintergrund dankt sie allen, die diese Aktion unterstützen.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler erklärt, er habe heute Abend seit langer Zeit eine Sitzung vorgefunden, in der es um sachliche Dinge ging und sachlich darüber gesprochen worden sei. Man könne immer unterschiedlicher Meinung sein, sollte die Sachlichkeit aber nicht vergessen. CDU-Fraktionssprecher Auweiler bedankt sich im Namen von SPD- und CDU-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und des Baubetriebshofes für die gute und kooperative Zusammenarbeit. Ferner richtet er ein herzliches Dankeschön an Bürgermeister Hoffeld und den Ersten Beigeordneten Ernst sowie an dem Personalrat. Allen Mitgliedern des Rates, die in Ausschüssen, Arbeitsgruppen und Aufsichtsräten mitarbeiten, gelte sein Dank. Er wünscht allen besinnliche Feiertage und ein gesundes, neues Jahr.

Stadtverordneter Weiten (Grüne) schließt sich den Worten seines Vorredners an. Ein besonderer Dank gehe an die Mitarbeiter der Verwaltung.

Vorsitz:

Schriftführung:

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

Lisa Klein

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden die Mitglieder Manfred Klein (CDU) und Silvia Prinz (SPD) bestimmt.